

Sozialbericht 2024: Alles wie immer, nur schlimmer

Kein Ausbruch aus dem Teufelskreis

Ulf Immelt, [UZ vom 15. November 2024](#)



Zukunftsängste nehmen zu. Selbst die Ärmsten fürchten den weiteren Abstieg – in die Verelendung. (Foto: [Jean Pierre Hintze / flickr.com / CC BY-SA 2.0](#) / Bearb.: UZ)

Die gute Nachricht zuerst. Die Menschen hierzulande werden immer reicher. Zwischen den Jahren 2010/11 und 2021 ist das Vermögen der Haushalte in Deutschland durchschnittlich um 62 Prozent – von 195.200 auf 316.500 Euro – angestiegen. Die Inflation eingerechnet, bleibt ein Zuwachs von 39 Prozent, so die frohe Botschaft des in der vergangenen Woche veröffentlichten „Sozialbericht 2024“.

Die schlechte Nachricht: Aus dem gemeinsam vom Statistischen Bundesamt, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) veröffentlichten Bericht geht ebenfalls hervor, dass sich an der ungleichen Verteilung, trotz des allgemein gestiegenen Vermögens, kaum etwas verändert hat. Die obersten 10 Prozent besitzen 56 Prozent des gesamten Vermögens. Vier Jahre zuvor waren es 55 Prozent, Damit zählt Deutschland dem Bericht zufolge im europäischen Vergleich zu den Spitzenreitern. Nur in Estland ist das Vermögen noch ungleicher verteilt. Dort besitzen die obersten 10 Prozent 59 Prozent des Gesamtvermögens.

Befunde, die durch Studien der Hans-Böckler-Stiftung bestätigt werden. So ist der sogenannte Gini-Koeffizient, ein Indikator für Ungleichheit, zwischen 2010 und 2021 von 0,282 auf den Höchstwert von 0,31 gestiegen. Gleichzeitig hat der Anteil der Menschen, die in Armut leben,

einen neuen Höchststand erreicht, heißt es im Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Stiftung. Im Jahr 2021 lebten 17,8 Prozent der Menschen in Deutschland in Armut. 2010 waren es noch 14,2 Prozent.

Schon 2021, also vor dem Beginn der Inflationswelle, hatten mehr als 40 Prozent der Armen und über 20 Prozent der Menschen in der Gruppe mit „prekären“ Einkommen etwas oberhalb der Armutsgrenze keinerlei finanzielle Rücklagen, um kurzfristige finanzielle Notlagen zu überbrücken. Rund 10 Prozent der Armen waren finanziell nicht einmal in der Lage, abgetragene Kleidung zu ersetzen. Knapp 17 Prozent der Armen konnten sich Freizeitaktivitäten wie einen Kinobesuch einmal pro Monat oder den Besuch einer Sportveranstaltung nicht leisten, so die WSI-Studie.

Die Folgen dieser Entwicklung sind eine Zunahme von Zukunftssorgen und Abstiegsängsten. So gaben rund 25 Prozent der Menschen in Armut große Sorgen um die aktuelle eigene wirtschaftliche Lage zu Protokoll. Unter den Menschen in einer „prekären“ Einkommenssituation waren es fast 15 und in der unteren Mitte knapp 12 Prozent.

Beim Blick in die Zukunft sind Abstiegsängste noch deutlich stärker ausgeprägt. Sie reichen bis weit in die Mittelschicht hinein und haben in Zeiten von Krise und Inflation in allen untersuchten Einkommensgruppen stark zugenommen. Das belegen Daten aus der Böckler-Lebenslagenbefragung für die Jahre 2020 und 2023. Im vergangenen Jahr äußerten hier fast 55 Prozent der Menschen in Armut große oder sehr große Sorgen, ihren – ohnehin schon niedrigen – Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können. Ein Anstieg um rund 6 Prozentpunkte gegenüber dem schon hohen Wert von 2020. Unter den Befragten in „prekären“ Einkommensverhältnissen befürchteten 2023 sogar gut 58 Prozent, wirtschaftlich abzurutschen.

Das sind 14 Prozentpunkte mehr als drei Jahre zuvor. Nur wenig kleiner ist der Anteil mit großen oder sehr großen Abstiegsängsten in der unteren Mitte: Dort betrug er 2023 knapp 52 Prozent, ein Anstieg um rund 15 Prozentpunkte. Und selbst in der oberen Mittelschicht hat sich die Verunsicherung drastisch ausgebreitet: Die Quote der Befragten mit Sorgen um den künftigen Lebensstandard stieg von knapp 32 auf knapp 47 Prozent.

Die Autoren des Berichtes warnen vor einem Teufelskreis: „Fehlender Wohlstand und Verunsicherung könnten dazu führen, dass immer mehr Menschen auf eine Teilhabe am politischen System verzichten.“ Angesichts eines Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, dessen Geschäftsgrundlage auf der Umverteilung von unten nach oben basiert, das aber unter dem Firmenschild „Demokratie“ agiert, ist das nicht verwunderlich.